



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

06. Juni 2019

Mein Aktenzeichen 0102#2019/0003-0301
34
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Philipp Staudinger
Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3432
06131 16-173432

Sitzung des Innenausschusses am 9. Mai 2019
TOP 17: Gewalteskalation in Koblenz-Neuendorf
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/4582 -

Sehr geehrter Herr Präsident, *lieber Herrndorf,*

in der Sitzung des Innenausschusses am 9. Mai 2019 wurde zu TOP 17 die Übersendung des Sprechvermerks zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Lewentz

1/4

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker



Sitzung des Innenausschusses am 9. Mai 2019
TOP 17: Gewalteskalation in Koblenz-Neuendorf

Die folgenden Ausführungen beziehen sich nicht auf den Stadtteil Koblenz-Neuendorf, sondern auf die "Großsiedlung Koblenz-Neuendorf". Die räumliche Eingrenzung "Großsiedlung Koblenz-Neuendorf" wurde hierbei im Vorfeld durch das Polizeipräsidium Koblenz gewählt. Der vorliegende Antrag bezieht sich in seiner Begründung auf einen Artikel der Rhein-Zeitung vom 24. März 2019, wonach eine Vielzahl von Sachbeschädigungen und Aggressionsdelikten in erster Linie auf "problematische Jugendliche" zurückzuführen seien.

Jugendkriminalität ist in hohem Maße Gruppendelinquenz, wobei insbesondere gruppenspezifische Prozesse eine besondere Rolle spielen und der Drang zum Aktionismus aus einer geschlossenen, anonymen Gruppe heraus verstärkt wird. Die Straftatenlage in der "Großsiedlung Koblenz-Neuendorf" hatte ihren Höhepunkt in der zweiten Jahreshälfte 2014 sowie der ersten Jahreshälfte 2015. In dieser Zeit war eine "Dynamisierung" der Gewalt festzustellen, die sich vor allem durch Brandsetzungen von Müllcontainern sowie Beleidigungen aus der Masse heraus äußerte.

Im Oktober 2014 wurde ein Streifenwagen vermutlich mit einem aus einer Zille abgeschossenen Stein auf der Fahrerseite getroffen. Im November 2014 wurden die Einsatzkräfte mit Steinschleudern beschossen und mit Schottersteinen beworfen. Als Konsequenz daraus hat das Polizeipräsidium Koblenz die Besondere Aufbauorganisation "Echo" eingerichtet. Die polizeiliche Präsenz- und Streifentätigkeit wurden durch einen erhöhten Kräfteinsatz verstärkt.

Durch konsequentes polizeiliches Einschreiten sowie wirkungsvolle Strafverfolgungsmaßnahmen konnte das Gefahrenpotential in der „Großsiedlung Koblenz-Neuendorf“ gemindert werden. Dies zeigt sich auch in der Betrachtung der vergangenen fünf Jahre. In diesem Zeitraum ist die Gesamtzahl der registrierten Straftaten im Bereich der "Großsiedlung Koblenz-Neuendorf", in denen Jugendliche oder Heranwachsende als Täter beziehungsweise Teilnehmer in Erscheinung getreten sind, gesunken.



Sogenannte Aggressionsdelikte, worunter auch Sachbeschädigungen oder Körperverletzungsdelikte zu subsumieren sind, haben sich auf einem etwa gleichbleibenden, niedrigen Niveau eingependelt. Allerdings berichtet das Polizeipräsidium Koblenz, dass bei bestimmten Straftaten wie Raub, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Diebstählen sowie Betäubungsmitteldelikten die Qualität in der Ausübung der einzelnen Taten zugenommen hat.

Es wird deutlich, dass vor allem Jugenddelinquenz ein komplexes Phänomen darstellt, welches sich nicht alleine durch polizeiliche Maßnahmen regulieren lässt und einer ganzheitlichen Betrachtung bedarf. Zielgerichtete und entwicklungsorientierte Maßnahmen müssen vorzugsweise in einem engmaschigen und abgestimmten Netzwerk erfolgen, um dem Bündel an mannigfaltigen Einflussfaktoren konsequent und vor allem nachhaltig entgegenzuwirken.

Die bestehende Sicherheitspartnerschaft, die sich aus der Stadt Koblenz, der Bundespolizei sowie dem Polizeipräsidium Koblenz zusammensetzt, bearbeitet, in Verbindung mit dem "Haus des Jugendrechts" sowie dem "Runden Tisch", ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Dieses soll unter anderem zur Reduzierung der Tatgelegenheitsstrukturen sowie einer Verbesserung der Kontrollsituation führen. Darüber hinaus werden in diesem Zusammenhang städtebauliche Anreize und eine verbesserte Sozialraumgestaltung Berücksichtigung finden.

Konkrete durchgeführte Maßnahmen des Polizeipräsidiums Koblenz sind beispielsweise die Einrichtung einer besonderen Aufbauorganisation, die Durchführung von kräfteintensiven Kontrollmaßnahmen, regelmäßige Präventionsstreifen sowie die Reduzierung der Tatgelegenheitsstrukturen.

Hinzu kommen kooperative Maßnahmen aller Sicherheitsorgane wie beispielsweise die eng abgestimmte Zusammenarbeit innerhalb der bestehenden Sicherheitspartnerschaft mit der Stadt Koblenz, die Initiierung eines gesamtheitlichen Präventionskonzeptes durch fortwährende Besprechungen des sogenannten "Runden Tisches" sowie eng abgestimmte präventive und repressive Maßnahmen des "Haus des Jugendrechts" in Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaft.



Die Stadt Koblenz verfolgt zugleich Maßnahmen, die mittel- bis langfristig zu einer nachhaltigen Verbesserung der Sozialraumgestaltung beitragen sollen. Dazu zählen die konsequente Umsetzung städtebaulicher Projekte sowie die zielgerichtete Verfolgung bildungsorientierter Programme.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass die Entwicklung der sozialen und inneren Sicherheit für den Bereich der "Großsiedlung Koblenz-Neuendorf" im Fokus der Kommunal- und Sicherheitsbehörden sowie sonstiger öffentlicher Institutionen steht. Unter Hinweis auf die dargestellte Entwicklung der Kriminalität vor Ort wird durch die Polizei und die Ordnungsbehörde weiterhin in Form verstärkter gemeinsamer Präsenz die Sicherheit gewährleistet und auf Lageveränderungen kurzfristig reagiert. Die angestoßenen Entwicklungen in der Sozialraumgestaltung sowie in der Bildungs- und Gemeinwesenarbeit sollen mittel- bis langfristig durch Schaffung besserer Rahmenbedingungen die Situation vor Ort entspannen und erkennbar stabilisieren.